

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezugnehmend für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Saluto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Monoparallelspeile oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Beichte 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Beichte in Monats-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Centrum 2830, 2845, 4510 4602, 4635, 4610, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das neue Buchthausgesetz

Widerstand bis zum Aeußersten

Das Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung ist infolge Einspruchs unserer Genossen gestern im Reichstage nicht mehr zur Beratung gelangt. Heute soll die Entscheidung fallen. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft sich regt, um noch im letzten Augenblick dieses neue Attentat auf das Volk abzuwehren.

Das unter dem Schein gleichmäßiger Entwaffnung der Arbeiter und der Reaktionsäre, in Wahrheit lediglich gegen die Arbeiterschaft gerichtete Gesetz, enthält so furchtbare Todsünden für die Arbeiterschaft, daß man in der Geschichte schon weit zurückgehen muß, um auch nur ähnliche gegen die Arbeiterschaft gerichtete Gesetze zu finden. Sozialistengesetz, Umsturzvorlage, Russes Ausnahmezustand, alles das waren nur Zwirnstränge gegenüber den Knebeln, die man jetzt gegen die Arbeiterschaft vorbereitet.

Die Regierung benutzt den Friedensvertrag von Versailles, um dieses furchtbare Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft zu rechtfertigen. Nach dem Friedensvertrage sind allerdings die deutschen Waffen, Munitionsvorräte und das Kriegsgeschütz etc. auszuliefern oder zu vernichten. Die Abmachungen von Spaa lassen die Bestimmung zu, daß die deutsche Regierung „eine Bekanntmachung“ erläßt, „welche die unverzügliche Auslieferung aller Waffen verlangt, die in Händen der Zivilbevölkerung sind und in Uebertretungsfällen wirksame Bestrafungen vorzusehen. Sollten die Befugnisse, welche der deutschen Regierung zurzeit noch im Gesetz zustehen, nicht genügen, um die Durchführung dieser Bekanntmachung zu sichern, so sind ohne Verzug gesetzliche Maßnahmen zu treffen, um der genannten Regierung alle notwendigen Befugnisse zu verleihen.“

Nach diesen Abmachungen ist ganz klar, daß die Entente nicht ohne weiteres neue Gesetze verlangt. Zur Erfüllung des Friedensvertrages und der Abmachungen von Spaa hätte es völlig ausgereicht, wenn die dazu berechtigten Landesregierungen zur Auslieferung der Waffen auffordern. Es zeigt sich hier, wie willkürlich der Friedensvertrag und die Abmachungen von Spaa unserer Regierung ist. Sie benutzt diese Vereinbarungen als Verwand, um gegen die Arbeiterschaft vorgehen zu können.

Nach dem Gesetzentwurf soll der Reichspräsident einen Reichskommissar ernennen, der zunächst zur Abgabe von Waffen aufzufordern und nach vergeblicher Aufforderung das Recht haben soll, mit Hilfe der Polizei, Sicherheitswehr, Reichswehr und sogar durch besondere Organisationen die Durchführung der Entwaffnung des Volkes herbeizuführen. Alle näheren Bestimmungen sind völlig dem Reichskommissar überlassen. Er allein bestimmt im Gesetzentwurf, welche Waffen als Militärwaffen anzusehen sind. Er legt auch fest, welche Ausnahmen von der Ablieferungspflicht stattfinden sollen. Er soll die Möglichkeit haben, Organisationen die Waffen mindestens solange zu belassen, bis die Entwaffnung der Zivilbevölkerung durchgeführt ist. Er kann also irgend eine Rapporganisation bewaffnen oder ihr die Waffen lassen, um mit ihrer Hilfe gegen die angeblich im Besitz von Waffen befindlichen Arbeiter vorzugehen. Unglaubliche Bestimmungen, die schon von vornherein erkennen lassen, von wo der Wind weht.

Nach § 7 des Gesetzentwurfs, erster Absatz, kann der Reichskommissar im Rahmen der Gesetze alle ihm notwendig erscheinenden Anordnungen treffen. Diese Bestimmung ist weitgehend, aber die Befugnisse des Reichskommissars werden immerhin durch die Gesetze begrenzt. Noch weiter geht Absatz 2 des § 7, nach welchem der Reichskommissar von den wichtigsten gesetzlichen Beschränkungen befreit ist. Durchsuchungen und Beschlagnahmen soll er außerhalb der durch die Strafprozessordnung gezogenen Grenzen anordnen dürfen. Die geringen, durch dieses Gesetz zum Schutze der Bevölkerung gegebenen Rechtsgarantien werden also aufgehoben. Noch mehr: das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis kann der Reichskommissar aufheben. Es existiert also nur noch von Gnaden dieses Reichskommissars das Geheimnis, mit dem das Gesetz den Betrieb der Post- und Telegraphenbehörden umgibt. Jeder Brief kann auf der Post geöffnert, jedes Telegramm erbrochen, jedes Telefongespräch belauscht werden. Alles auf Kommando des Diktators Reichskommissar. Schließlich gibt § 7 dem Kommissar das Recht, eine Kontrolle des Verkehrs, der Eisenbahn, der Schifffahrt, der Post, der Kraftwagen und sonstigen Fuhrwerke, sowie des Luftverkehrs anzuordnen. Die Belästigungen des Verkehrs, denen wir im Kriege ausgesetzt waren und die allmählich sich zu vermindern begannen, werden also nun von neuem einfließen, wenn der Reichskommissar es so will. Unsere Vertreter im Ausschuß, die Genossen Dr. Rosenfeld, Unterleitner, Kemme und Geß protestierten sehr scharf gegen die Bestimmungen des § 7; sie fanden dabei aber nur bis zu einem gewissen Grade die Unterstützung der Rechtssozialisten. Es war unerhört, daß diese Sozialisten für die Aufhebung der durch die Strafprozessordnung für Durchsuchungen und Beschlagnahmen gezogenen Grenzen stimmten. Ein schlimmer Verrat der Rechte des Volkes!

Der § 8 des Gesetzentwurfs gibt die Sicherheitswehr in die Hand des Reichskommissars. Auch die Reichswehr hat auf sein Ersuchen Hilfe zu leisten. Bei der Ausschussberatung, die mit großer Ueberführung unter Richtung der sonst im Parlament geheiligten Sonntagsruhe am Sonntag vorgenommen wurde, gelang es dem Genossen Dr. Rosenfeld wenigstens die eine kleine

Beschränkung der Befugnisse des Reichskommissars herbeizuführen, daß die Verwendung der Reichswehr der Zustimmung der Reichsregierung bedarf. Damit ist gewiß nicht viel erreicht, da uns auch nur das geringste Vertrauen zur Reichsregierung fehlt. Aber die Reichsregierung kann wenigstens im Reichstag zur Verantwortung gezogen werden, während der Reichskommissar, vom Reichspräsidenten eingesetzt, frei schalten darf.

Leider gelang es nicht, die weitere Bestimmung zu beseitigen, daß die Befehlsverhältnisse der Reichswehr unberührt bleiben. Ist also mit Zustimmung erst einmal die Reichswehr in Bewegung gesetzt, dann haut der Säbel und die Pike schleift, ganz nach Befehl des Leutnants von der Reichswehr. Schönen Zuständen werden wir mit solchen Bestimmungen entgegengeführt!

Nach § 9 ist der Reichskommissar befugt, besondere Organisations zur Durchführung der Entwaffnung zu schaffen. Das ist auch eine Bestimmung, die das schlimmste befürchten läßt. Der Antrag

Mittwoch nachmittag findet im Lustgarten eine Massenversammlung des Berliner Proletariats gegen das Entwaffnungsgesetz statt. Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt für zahlreiche Beteiligung!

des Genossen Dr. Rosenfeld, diese Organisationen unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen aller Richtungen arbeiten zu lassen, wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt. Dabei hatte der Minister selbst erklärt, daß er die Absicht habe, alle Bevölkerungskreise heranzuziehen. Man sieht, welche Bedeutung solchen Erklärungen beizulegen ist.

Schließlich droht das Gesetz die schwersten Strafen denjenigen an, die gegen das Gesetz verstoßen. Für die kleineren Delikte Gefängnis nicht unter 3 Monaten und Geldstrafen bis 3000 Mark, für schwere Fälle Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren und für ganz schwere Fälle Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren!

Im Ausschuß mußte der Minister Koch gegenüber unseren Genossen, die mit Recht von einem Ausnahmestrich gegen die Arbeiterschaft sprachen, zugeben, daß das Gesetz allerdings ein Ausnahmezustand ist. In mancher Beziehung ist der nach Annahme des Gesetzes entstehende Zustand sogar schlimmer als der Ausnahmezustand, weil die durch das Gesetz Betroffenen nicht die geringsten Garantien hinsichtlich der Rechte des Gesetzes haben. Die Monarchisten und Militaristen werden natürlich durch das Gesetz nicht getroffen. Der Reichspräsident wird schon einen Kommissar aussuchen, von dem die Reaktionsäre nicht zu befürchten haben. Dagegen wird die ganze Härte des Gesetzes die Arbeiterschaft treffen, die an Händen und Füßen geknebelt, dem Reichskommissar ausgeliefert wird.

In letzter Stunde rufen wir die Arbeiterschaft auf, gegen diesen schweren Anschlag auf ihre Rechte zu protestieren. Die Arbeiterschaft ist bisher mit allen Gesetzen fertig geworden, die zu ihrer Anbelangung bestimmt waren. Die Arbeiterschaft wird auch dieses Gesetz überwinden!

Warschau wird geräumt

Paris, 2. August.

Wie die Times aus Warschau melden, haben die englischen, amerikanischen und französischen Gesandtschaften in Warschau ihre Staatsangehörigen aufgefordert, Warschau auf dem schnellsten Wege zu verlassen. Diese Aufforderung der Gesandtschaften hat in Warschauer Kreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen.

Rußland achtet die Neutralität

Die Moskauer „Pravda“ meldet: Die bolschewistische Nordarmee erhielt von Moskau aus den Befehl, die östpreussische Grenze nicht zu überschreiten. Die im Kreise Lud an der preussischen Grenze eingetroffenen bolschewistischen Formationen werden sofort nach dem Süden dirigiert, um an dem Hauptangriff der Roten Armee gegen Warschau teilzunehmen.

Brest-Litowsk von den Polen geräumt

M. Kopenhagen, 1. August.

Der russische Funkpruch meldet, daß Brest-Litowsk von den Russen besetzt wurde. Die Russen haben die Karawankengasse durchbrochen und die Polen bei Komel auf den Stachod zurückgeworfen. Sie kehren bei Brody im Kampfe mit großen polnischen Kavalleriemassen, die dort den russischen Vormarsch aufhalten sollen. Sinegenen muß der russische Seerenauchführer General Wrangel bei Alexandrowol, dank der englischen Unterstützung, einen großen Erfolg hatte und um 80 Kilometer vorbringen konnte.

Die Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin

Man schreibt uns aus Mecklenburg:

Wie die „Freiheit“ bereits berichtet hat, wurde vom Landtage zu Mecklenburg-Schwerin mit 29 Stimmen ein Ministerium aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei gegen 33 weiße Stimmzettel gewählt. Der „Vorwärts“ gibt nun in Nr. 378 eine vollkommen entstellte Darstellung des Sachverhaltes. In der Schilderung der Vorgeschichte der Regierungsbildung zeigt es besonders, daß das Blatt die wirklichen Verhältnisse in Mecklenburg auch nicht annähernd kennt. Es ist unrichtig, daß im alten Landtage die Rechtssozialisten eine schwache Mehrheit hatten. 32 rechtssozialistischen Landtagsabgeordneten standen 32 bürgerliche gegenüber. Von den bürgerlichen Abgeordneten bekannten sich 17 zur demokratischen Partei und mit dieser bildeten die Rechtssozialisten gemeinsam die Regierung. Im neuen Landtage stehen 33 bürgerlichen Abgeordneten 31 sozialistische gegenüber. Eine Verschiebung ist weiter infolgedessen eingetreten, als sich unter den bürgerlichen Abgeordneten nur noch vier Demokraten befinden, nicht fünf, wie der „Vorwärts“ in seiner Unwissenheit behauptet, und daß unter den sozialistischen Abgeordneten erstmalig die U.S.P. mit fünf Mitgliedern in den Landtag eingezogen ist.

Die U.S.P. verdankte ihren Erfolg nicht, wie der „Vorwärts“ glauben machen will, einer wüsten Agitation, sondern den Taten der rechtssozialistisch-demokratischen Regierung. Die Landarbeiter haben die Tatsache, daß ihre Funktionäre bei einem partiellen Landarbeiterstreik unter dem Ausnahmezustand in das Gefängnis geworfen wurden, während der Rechtssozialist Stellung Minister des Innern war, nicht vergessen. Und die ganze Arbeiterschaft zog aus einer anderen Tatsache, daß sich nämlich die rechtssozialistischen und demokratischen Minister während des Kapp-Putsch in der unwürdigsten Weise aufführten, ihre Schlüsse. Hinzu kommt die Erinnerung an die Tendenzurteile gegen Arbeiter, die Nichtbestrafung der Kapp-Putschisten, das Entweichenlassen des Leutnants le Fort, der die Stadt Waren unter dieser „sozialistischen“ Regierung mit einer Kanone beschiesen ließ. Ebenso erregten die Millionengeschäfte an den Großherzog und die Konzessionierung einer staatlichen Spielhölle in Warnemünde durch den rechtssozialistischen Finanzminister die Empörung der Arbeiterschaft.

Das Wahlergebnis brachte die bisherige Regierungskoalition in die Minderheit. Sie verlor 19 Mandate. Aber auch eine andere Koalition konnte keine Mehrheit durch den Stimmzettel erreichen. Die drei Parteien der Rechten (einschließlich des sogenannten Wirtschaftsbundes) erzielten 29 Mandate, Rechtssozialisten und Demokraten zusammen 30, während einer reinsozialistischen Koalition 31 Stimmen zur Verfügung standen. Die Gesamtzahl der Mandate beträgt 64.

Die Rechtssozialisten traten vier Wochen nach der Wahl an die U.S.P. wegen der Teilnahme an einer Koalitionsregierung mit ihnen und den Demokraten heran. Dabei wünschten sie zu wissen, ob die U.S.P. bereit sei, wenn sie nicht selbst an der Regierung teilnehmen wolle, eine Minderheitsregierung der Demokraten und Rechtssozialisten parlamentarisch zu unterstützen. Das mußte die U.S.P. ablehnen. Die Rechtssozialisten verlangten sogar, daß dann in keiner Weise Kritik, auch nicht in der Presse, an dieser Regierung geübt werden solle. Im übrigen handelte es sich um ein Scheinangebot, denn die Demokraten hatten den Rechtssozialisten bereits zehn Tage vorher schriftlich erklärt, daß sie an einer Regierung mit den Unabhängigen nicht teilnehmen könnten.

Die U.S.P. erklärte sich aber bereit, an einer reinsozialistischen Regierung teilzunehmen, die die stärkste Minderheit im Parlament bei allen denkbaren Koalitionen hinter sich habe. Das lehnten die Rechtssozialisten mit der bezeichnenden Begründung brüsk ab, die Demokraten werden eine solche Regierung sofort zu Fall bringen, weil sie eine sozialistische Politik bekämpfen. Einer der bisherigen rechtssozialistischen Minister versuchte nun nahezu alles, um eine Koalitionsregierung mit der Rechten zustande zu bringen. Die Minderheit in der rechtssozialistischen Fraktion für ein Zusammengehen mit der Sinnespartei wurde immer größer, zuletzt waren von den 26 Rechtssozialisten bereits 12 für und nur noch 14 gegen eine Koalition mit Sinnes. In diesem Zeitpunkte drückte der linke Flügel der U.S.P. endlich den Beschluß durch, das Angebot der U.S.P. auf Bildung einer reinsozialistischen Regierung anzunehmen.

In gemeinsamer Beratung kamen die beiden Fraktionen dahin überein, daß die U.S.P. mit drei, die U.S.P. mit zwei Mitgliedern in dem neuen Ministerium vertreten sein sollte. Die entgegenstehenden Behauptungen des „Vorwärts“ sind Erfindungen. Allerdings sei festgestellt, daß unsere Mecklenburger Genossen auch der Bildung einer reinsozialistischen Regierung illusionlos gegenüberstanden. Ihnen kam es nur darauf an, die Rechtssozialisten von ihrer Anhängerschaft an die Bürgerlichen loszulösen. Das gelang

ihnen auch. Die Demokraten versuchten nämlich nunmehr, ihren Kern doch noch eine bürgerlich-rechtssozialistische Koalitionsregierung zustande zu bringen. Es stand fest, daß die bürgerliche Rechte und die beiden sozialistischen Parteien in der Landtagsführung je ein Ministerium präsentieren würden. Die Demokraten beschloßen nun, sich von den beiden Vorschlägen, die ihnen geeigneten Kandidaten herauszufinden und jeweils für rechts oder links zu stimmen.

Es gelang nicht, die Rechtssozialisten davon zu überzeugen, daß in diesem Falle die gewählten sozialistischen Minister zurücktreten haben. Sie glaubten vielmehr, daß sie sich dann der „Stimme des Volkes“ beugen müßten. Es wurde schließlich eine Uebereinkunft dahin erzielt, daß die sozialistischen Parteien keine Vorschläge machen sollen, um so das Zustandekommen einer Koalitionsregierung zu verhindern. So kam es aber zu einer reinbürgerlichen Regierung mit ausgesprochenem Kampfstellung gegen das Proletariat. Diese Tatsache zwingt die Rechtssozialisten, sich wieder auf die alten Methoden des Klassenkampfes zu besinnen.

Unsere Mecklenburger Genossen geben sich allerdings in dieser Beziehung keinen übertriebenen Hoffnungen hin. Der rechte Flügel in der rechtssozialistischen Fraktion bildet eine starke Minderheit, und diese arbeitet für eine Verständigung mit der Bourgeoisie. Aber den Rechtssozialisten ist jetzt ein Umfall schwerer gemacht, weil sie nunmehr, um ihre augenblickliche „Abstinenzpolitik“ zu begründen, dem arbeitenden Volke über die Unmöglichkeit eines Zusammenarbeitens mit den kapitalistischen Parteien die Wahrheit sagen müssen. Wenn sie sich später an die Bourgeoisie wieder anbinden wollten, so wird ihnen noch größere Teile der Arbeiterschaft die Gefolgschaft aufgeben.

Truppentransporte in Erfurt aufgehalten

Waffengewalt gegen Eisenbahnbeamten

Gemäß den Beschlüssen der Eisenbahnerverbände sind in fast allen Direktionsbezirken des Reiches jetzt Ueberwachungsstellen durch die Eisenbahnarbeiter und Angestellten errichtet worden, um den Transport von Truppen und Kriegsmaterial nach Polen zu verhindern. So werden von den Eisenbahnern alle Rheinbrücken beobachtet, um Verstärkungen der Entente-Truppen festzustellen.

In Erfurt ist es in den letzten Tagen mehrmals zu Zusammenstößen zwischen den deutschen Eisenbahnbeamten und Militärtransporten der Entente gekommen, da die dortigen Eisenbahner jeden aus dem Westen kommenden Transport anhalten und untersuchen. Im letzten Sonnabend ist es zu einem Zusammenstoß mit französischer Infanterie gekommen, der sehr scharfe Formen annahm. Gegen 5 Uhr nachmittags kam aus Köln ein Transportzug, in dem eine Kompanie französischer Soldaten untergebracht war. Außerdem befand sich in dem Zug ein plombierter Wagen, dem zwei englische Militärpersonen als Bedienung beigegeben waren. Der Ueberwachungsansatz der Erfurter Eisenbahner ließ den Zug auf ein totes Gleis schieben und begann mit Hilfe des Dolmetschers, der die Franzosen begleitete, mit dem Transportführer zu verhandeln. Die Eisenbahner teilten den Franzosen ihren Befehl mit, keine Militärtransporte mehr zu befördern, die nach Polen bestimmt seien.

Der französische Kompanieführer verlangte den Bahnhofsportier zu sprechen, doch wurde ihm erklärt, daß auch eine Anordnung des Postleiters an dem Befehl der Eisenbahnerverbände nichts ändern könne. Darauf versuchte der französische Offizier die Weiterfahrt mit Gewalt zu erzwingen. Er ließ den Zugführer und Heizer festnehmen und ließ die Kompanie unter Gewehr antreten, wobei die Waffen sehr feurig gemacht wurden. Dieses Vorgehen löste unter den deutschen Beamten große Erregung und Empörung aus. Während ein großer Teil der Eisenbahner flüchtete, blieben einige Unerbittliche zurück, die nun ihrerseits dem vorrückenden französischen Offizier in scharfer Weise entgegenzutreten. Es wurde dem Kompanieführer erklärt, daß er schleunigst veranlassen möge, daß seine Leute die Waffen in die Wagen zurückbrachten. Die Franzosen ließen dann die Waffen zusammenstellen. Der französische Offizier erklärte, daß es sich um eine Abteilung von 100 französischen Urlaubern handele, die sich auf der Rückfahrt zu ihren Truppenteilen in Oberschlesien befänden.

Auf die Einwendungen der deutschen Eisenbahner, daß es doch nicht üblich sei, Urlaubern mit Waffen und kriegsmühtiger Ausrüstung in die Heimat auf Urlaub zu schicken, erklärte der Offizier, daß dies neuerdings auf Befehl der französischen Militärbehörden geschehe. Darauf wünschten die Eisenbahner zu wissen, ob sich in dem plombierten Waggon Waffen oder, wie es in dem von den englischen Behörden ausgestellten Begleitbrief hieß, Lebensmittel befänden. Die englischen Transportbegleiter verweigerten jedoch eine Öffnung des Waggons und erklärten, daß falls die Eisenbahner mit Gewalt den Wagen öffneten, die englische Regierung den Fall auf diplomatischem Wege erledigen würde.

Nach stundenlangen Beratungen wurde dem französischen Transportzug die Weiterfahrt gestattet. Es ist ausdrücklich festzustellen, daß die von den englischen und französischen Behörden unterzeichneten Transportausweise weder den Stempel der deutschen Grenzstation, noch der Zollstation tragen.

Aus diesem Grunde wollen die Eisenbahnergewerkschaften jetzt beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung von Transporten herbeizuführen.

Noch kein Waffenstillstand

Ueber die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland liegen bisher noch keine Meldungen vor. Die Kämpfe an der Front gehen inzwischen weiter. Darin liegt nichts Ansgewöhnliches, denn es entspricht durchaus dem militärischen Gebrauch, daß die Kämpfe erst dann abgebrochen werden, wenn die Waffenstillstandsbedingungen unerschrocken anerkannt worden sind.

Nach den vorliegenden Privatmeldungen soll sich der Zusammenbruch des polnischen Heeres sehr rasch vollziehen. Die Sowjetarmeen sollen bereits in der Höhe von Orkelsburg operieren. Polen fühlt sich von seinen Verbündeten enttäuscht. Der Warschauer Vertreter des „Peit Parisien“ meldet, die französische Kriegsmethode hätte in Warschau erbitternd gewirkt. Man erklärte den französischen Instruktionsoffizieren, daß der polnische Soldat für den Schützengrabenkrieg geeignet sei, er sei ein Manöverkrieger, und die Methode, die an der Marne und bei Verdun Erfolg gehabt hätte, wäre für Polen nicht anwendbar. Ueberdies habe die bolschewistische Propaganda verheerend gewirkt. Die Nachricht, daß in Litauen die Räterepublik ausgerufen worden sei, wird von der Berliner Vertretung des litauischen Staates dementiert. Die Bärennachrichten werden absichtlich verbreitet, um Sowjetrußland zu schaden und den Frieden zu hintertreiben. Alles lesen, wenig glauben, das trifft auf alle Sensationsnachrichten aus dem Osten zu.

Die polnischen Bedingungen

Amsterdam, 2. August.

Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums erklärte dem Berichterstatter der Times in Warschau, Polen könne einem Waffenstillstand nur unter drei Voraussetzungen zustimmen, 1. ein unabhängiger polnischer Staat ohne Einmischung der Bolschewisten in die inneren Angelegenheiten,

2. keine Entwaffnung des polnischen Heeres, 3. die alte polnische Grenze wird Demarkationslinie, nötigenfalls würde Polen bereit sein, die bei Abschluß des Waffenstillstandes bestehende Frontlinie als Demarkationslinie anzuerkennen.

Kein Geheimabkommen

Frankfurt a. M., 2. August.

Im englischen Unterhause fragte, den „Times“ zufolge, ein liberaler Abgeordneter, ob die Boulogner Konferenz einen Plan zu einem deutsch-englisch-französischen Militärabkommen gegen den Bolschewismus entworfen habe. Die Anfrage bezog sich auf Churchill's Artikel in den „Evening News“. Eine Antwort wurde zunächst nicht erteilt. Auf Wiederholung der Anfrage sagte Lloyd George, er wisse nichts von einem solchen Plane.

Rußlands wirtschaftliche Pläne.

D. R. Paris, 2. August.

„Peit Parisien“ meldet aus London den Wortlaut der Fragen des internationalen Obersten Rates an die russische Sowjetregierung und deren Antwort auf diese Fragen. Rußland erklärt, daß der Außenhandel Regierungsmonopol sei und daß die Regierung keinerlei Verantwortung für die Ausführung von Abkommen übernehmen könne, die mit Organisations- oder Personen in irgend einem Teil des alten Rußland abgeschlossen wurden, der die Macht der Sowjetregierung nicht anerkenne. Die Regierung habe Rußland, die in Rußland Geschäfte machen wollten, keinerlei Freiheiten gegeben, Rußland zu betreten oder es zu verlassen, bevor ein allgemeiner Frieden unterzeichnet sei. Ihre allgemeine persönliche Sicherheit sei nicht gefährdet. Alle Waren, die mit Genehmigung des Handelskommissars in Rußland eingeführt wurden, bleiben Eigentum der Besitzer, und könnten nicht ohne Bezahlung beschlagnahmt werden. Ausländer könnten Konzeptionen für die Ausbeutung von russischen natürlichen Reichtümern erhalten, jedoch unter der Bedingung, daß diejenigen, die die Konzeption erhalten haben, alles liefern, was für die Ausbeutung notwendig sei und daß sie gewährleistet, einen Teil des Ertrages der Sowjetregierung zur Verfügung zu stellen. Alle Konzeptionen müssen vom Volkskommissar genehmigt werden. Die Bedingungen für die alliierten Schiffe in russischen Häfen seien die gleichen wie für die anderen Länder. Die Schiffe genießen den Schutz des Gesetzes. Auf dem Wege zur Unterzeichnung des Friedens würden die russischen Handelsattachés in den Ländern, mit denen Handel getrieben werde, als Konsuln fungieren und unter Aufsicht des russischen Handelskommissars könnten im Ausland russische Handelsunternehmen gegründet werden. Die Freiheit der russischen Ausfuhr hänge von der Blockade ab. Die Frage der Einfuhrzölle werde von Rußland nicht beantwortet werden. Schließlich drängt die Sowjetregierung darauf, daß die Bässe und Vollmachten der russischen Regierung in den anderen Ländern Gültigkeit haben sollten. Sie ist bereit, als Gegenleistung die Bässe und Vollmachten der anderen Mächte gleichfalls gültig zu erklären.

Die bolschewistische Handelsabordnung ist in Danzig eingetroffen.

Eine merkwürdige Geschichte

Das Schwindeldokument der „Magdeburger Zeitung“ über ein „Geheimabkommen“ in Romel, ist mit Ausnahme der Presse, die aus beruflicher Reizung läßt, allgemein als lüderliches Nachwerk bezeichnet worden. Sogar der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hürting, erklärte öffentlich, daß er es ablehne, auf „eine so lächerliche und lächerliche Geschichte auch nur mit einem Worte einzugehen“. Die „Magdeburger Zeitung“, die einige Tage die Sprache verloren hatte, weil ihr der Schwindel anscheinend doch zu viel Reuekraft gekostet hatte, glaubt nunmehr feststellen zu können, daß das Auswärtige Amt, mit dem sich das Blatt in Verbindung gesetzt haben will, das Schwindeldokument im Gegensatz zu Hürting ernst nehme. Die gleiche Ansicht wurde vom Oberpräsidenten in Ostpreußen und vom Oberreichsanwalt in Leipzig vertreten.

Wir nehmen einstweilen an, daß das Blatt mit dieser Reueherung zu der ersten Lüge eine zweite hinzugefügt hat, um sich aus der Patsche zu befreien. Das Auswärtige Amt hat deshalb die Pflicht, sich schnellstens aus dieser Angelegenheit zu äußern. Sonst bleibt auf ihm der Vorwurf lasten, daß es den Pinfersonschwindel als Stütze der deutschen auswärtigen Politik in Anspruch nimmt.

Räteschwindel über Zittau

Die bürgerliche Presse hat wieder einmal eine Führe gutes Futter erhalten. In Zittau i. Sachsen fand Ende der letzten Woche in Anknüpfung an eine Versammlung eine Lebensmitteldemonstration statt. Die Sicherheitspolizei (schon ohne jeden Anlaß auf die friedliche Menge und verletzten zwei Personen schwer. Das hatte zur Folge, daß die überaus ruhige Bevölkerung in Wallung geriet und als Protest dagegen den Generalstreik proklamirte, der solange fortgesetzt werden soll, bis die Schleiherri durch Enttarnung der Sicherheitspolizei aus Zittau ihre Schärfe gefunden hat. Die bürgerliche Presse nimmt diese Tatsache zum Anlaß, von Rätererror und dergleichen zu schwätzen. Die tatsächliche Regierung aber hatte nichts eiligeres zu tun, als über Zittau und Löbau den Ausnahmezustand zu verhängen. Der ganze Vorgang zeigt, daß von gewisser Seite aus der Boden für die Durchführung des unerhörten Ausnahmegesetzes der Entwaffnung vorbereitet werden soll.

Der Genfer Kongreß

Sonnabend vormittag wurde in Genf der Kongreß der zweiten Internationale durch ihren Generalsekretär Camille Dupuis aus eröffnet. Zum Präsidenten wurde der englische Delegierte Thomas Shaw, zum Vizepräsidenten der holländische Delegierte Bliegen gewählt. Shaw bekräftigte die Notwendigkeit einer Diskussion für die in elender Lage sich befindlichen Länder Europas und erklärte mit Bezug auf Rußland, aus dem er erst vor kurzem als Mitglied der englischen Delegation zurückgekehrt sei, daß in dem Gebiet der Sowjetrepublik die Bevölkerung kaum die Hälfte der ihr normalerweise zukommenden Ernährung erhalte. Die Internationale müsse den Gedanken aufgeben, ein einheitliches, für alle gültiges Arbeitsprogramm in allen Ländern durchzuführen. Jedes Volk müsse seine vollkommene Freiheit behalten in der Verwirklichung des sozialen Zieles. Die russische Methode wies er entschieden zurück, aber die zweite Internationale dürfe sich nicht als Feind der Sowjetrußland betrachten. In der veränderten Haltung der Westmächte gegenüber Sowjetrußland komme der Labour Party ein großes Verdienst zu. Nach seiner Ueberzeugung sei der polnische Vorstoß infolge von Abmachungen zwischen Polen und dem ukrainischen Diktator Petljura erfolgt. Die Schuldfrage dürfe nicht mehr zum Gegenstand eines Zwiesels auf einem sozialistischen Kongreß werden. Der Sozialismus könne seiner Bewirkung nur auf dem Wege der Demokratie und nicht auf dem Wege der Diktatur zugegangeführt werden.

Die vom Kongreß eingesetzten Kommissionen begannen Sonnabend nachmittag ihre Arbeiten. Die erste Kommission schlug dem Kongreß vor, eine Kommission zu bestellen mit dem Auftrage, Verhandlungen mit den Gruppen, die der zweiten Internationale nicht angehören, einzuleiten, um mit diesen zusammen eine einheitliche soziale Internationale zu errichten auf der Grundlage der traditionellen und demokratischen Grundzüge des Sozialismus.

Die zweite Kommission prüfte die Frage der Schuld am Kriege. Sie beschloß nach Anhörung der Delegierten der am Krieg beteiligt gewesenen Länder, eine Unterkommission mit der Ausarbei-

tung einer Resolution zu beauftragen. Diese Kommission ist zusammengekehrt aus Van Col-Holland als Präsident und Kozier-Franzreich, La Fontaine-Belgien, Hill-England, Braun-Deutschland und Engberg-Schweden.

Eine dritte Kommission, welche die Sozialisierung und das politische System des Sozialismus zu prüfen hatte, beschloß, zwei Unterkommissionen dafür zu ernennen. In Bezug auf die Sozialisierung verlangte die Kommission ihre allmähliche Durchführung und in Bezug auf das politische System des Sozialismus empfahl sie die Anwendung der demokratischen Grundzüge bei den Industriebetrieben, d. h. Gewährung eines Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe.

Die vierte Kommission, welche sich mit der Prüfung der Mandate zu befassen hatte und an welcher kein deutscher Delegierter teilnahm, beschloß, die Frage der Zulassung der in Genf anwesenden französischen Delegierten dem Kongreß selbst zur Entscheidung vorzulegen, da von verschiedenen Seiten die Eigenschaften der französischen Delegierten als eigentliche Sozialisten in Zweifel gezogen wurden.

Die Kommission für den Völkerbund schlug einstimmig eine Entschloßung vor, in der festgelegt wird, daß durch den Frieden von Versailles, besonders durch den Art. 18 des Friedensvertrages und durch die ihm folgenden Friedensschlüsse, der Zustand in der ganzen Welt weit unruher geworden sei, als jemals vor dem Kriege. Der Militarismus habe überall eine Verfestigung erfahren. Die Sozialisten der zweiten Internationale seien aber für die weitestehende Verbreitung der Idee des Völkerbundes. Sie treten ein für eine Reorganisation der Völkerbündnisse und für die Zulassung aller demokratisch organisierten Völker. Nur durch eine solche Erweiterung und durch eine verständige internationale Verteilung der Rohstoffe und Transportmittel, habe der Völkerbund Zweck und Nutzen auf Erfohl. Der Völkerbund müsse sich eine internationale Vollmacht halten und alle Völker müßten ihre Land- und Seestreitkräfte entsenden. Dann würde der Völkerbund den Frieden von Versailles verbessern und umgestalten können. Die Billigung der Abmachungen von Spa durch die französische Kammer sei ein Erfolg Millerands auf der feuerreichen Rechten. Die französische Kammer habe anscheinend Furcht vor einer Schwächung Englands in der Kohlenfrage gehabt, falls Frankreich die Abmachungen von Spa nicht anerkannt hätte.

Deutscher Reichstag

(Schluß von Seite 3.)

Die letzten Monate waren katastrophal. Die umlaufenden Schatzanweisungen sind auf 119 Milliarden emporgeschossen, dazu kommen noch 11 Milliarden weitere Zahlungspflichtigkeiten und 10 Milliarden aus Anlaß des Steuererlasses, ferner 92 Milliarden schwebender Schuld, so daß wir eine Gesamtschuld von 238 Milliarden haben. Dazu treten noch 20 Milliarden anläßlich der Eisenbahnübernahme. Es ist unbegreiflich, wenn man in Frankreich noch von weiteren Forderungen spricht. Die Erlebigung des Kreditabkommens mit Holland war ein Stein zum Wiederaufbau Deutschlands in Europa, es gereicht allen Beteiligten zur Ehre. Hoffentlich kommen wir in Genf über Diktatorverhandlungen hinaus, daß wir uns ehlich an den Tisch setzen, und für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas arbeiten. (Beifall.)

Die Munitionsschiebungen für Polen.

Beim Haushalt des Reichsministeriums des Auswärtigen fordert eine Entschloßung der Koalitionsparteien die Auflösung der Reichszentrale für Heimatdienst.

Mit dem Wunsch des Abgeordneten v. Derzner (D. Sp.), auf eine übersichtliche Volksausgabe des Versailles Friedensvertrages, erklärte sich die Regierung einverstanden.

Vgl. Reichsland (U. So.): In den Herren Außenminister möchte ich die Frage stellen, ob der Eindruck besteht, daß auf Seiten der Entente, entgegen unserer Neutralitätserklärung, Waffen und Munitionstransporte nach Polen gelangen zu lassen, wie die Pressenachrichten über das Anhalten von solchen Transporten es möglich erscheinen läßt. So ist gestern in Erfurt ein Transport mit einer Kompanie französischer Soldaten festgestellt worden und englische Bewachung bei plombierten Wagen. Es wäre wichtig, wenn die Vertreter der Arbeiterschaft darüber authentischen Aufschluß erhalten könnten, welchen Charakter diese Transporte haben. Demnach ist in London eine Konferenz zwischen den Entente-Staaten und Sowjet-Rußland stattgefunden, um den Frieden Europas sicherzustellen und das Ostproblem zu lösen. Mit Erlaunen stelle ich mit meinen Freunden fest, daß wir nicht eingeladen sind, obwohl auch wir der Meinung sind, daß eine friedliche Lösung des Ostproblems ohne Deutschland nicht geleistet werden kann. (Sehr richtig!) Die deutschen Arbeiter erklären, daß sie unter keinen Umständen sich als Figuren auf dem Schauplatz der Entente behandeln und hin- und herschieben lassen. (Beifall.) Wenn man uns in London nicht haben will, warum treten wir da nicht in

direkte Verhandlungen mit Sowjet-Rußland?

Die Möglichkeit zu solchen direkten Verhandlungen ist technisch und juristisch festgestellt und wir haben den dringenden Wunsch, daß die deutsche Regierung, mit oder ohne Einladung, so bald wie möglich mit Rußland zusammen verhandelt, denn eine Verständigung mit Rußland ist der größte und wichtigste Schritt zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas. (Lebhafte Beifall.) Auf keinen Fall darf es, wie es der Plan des englischen Ministers Churchill ist, dahin kommen, daß Deutschland nach dem Zusammenbruch der polnischen Barriere Schutzwall gegen den Bolschewismus werden soll. Woher ist der Völkerbund nichts weiter als eine Organisation zur Ausbeutung wirtschaftlich schwacher Völker. (Beifall.) Ich würde mich freuen, von Seiten der Regierung eine deutliche Abgabe an eine solche Zumutung zu hören, daß Deutschland unter keinen Umständen daran denkt, der Genbarm des europäischen Imperialismus gegen Rußland zu sein. (Lebhafte Beifall.)

Minister des Auswärtigen Simons: Auf die Gefahr hin, für ein eingeschriebenes Mitglied der unabhängigen Partei gehalten zu werden, erkläre ich, daß ich vom Anfang bis zum Ende vollkommen mit den Ausführungen des Herrn Dr. Reichsland einverstanden bin. (Beifall.) Ich bin den Transportarbeitern für die Hilfe, die sie der Regierung in ihrer neutralen Haltung angedeihen lassen, unendlich dankbar. (Beifall.) Die Transportarbeiter können überzeugt sein, daß das Auswärtige Amt jeden Versuch, die eheliche deutsche Neutralität zu verletzen, mit aller Energie zurückweist. (Beifall.) Ich bitte sie aber, die nötige Besonnenheit zu bewahren, denn wir haben noch gewisse Verpflichtungen, z. B. gegenüber der Tschechoslowakei auf Durchführung ihrer zurückbleibenden Gefangenen und gegenüber der Entente auf Ersatz und Ergänzung ihrer Truppen in Abstimmungsgebieten. Dabei betone ich, daß die tschechoslowakischen Gefangenen nur ohne Waffen befordert werden, und daß für die Entente-Truppen in den Abstimmungsgebieten nur Austausch oder Ersatz in Betracht kommt. (Beifall.) Ich unterbreite vollkommen die Anschließungen, daß ein Ostfeldzug nur mit Deutschland geschlossen werden kann. Wir werden uns immer bereit erklären, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, es widerspricht aber meinem Gefühl für Takt und Würde, daß wir uns dort aufdrängen. (Beifall.) Bisher haben wir noch von keiner Seite, auch nicht von Rußland, eine Einladung erhalten. Wie wir Letzland anerkannt haben und unsere Beziehungen immer weiter ausbauen wollen, so werden wir es auch mit Georgien tun, wie ich heute abend mit den Abgesandten bereits besprochen habe. (Beifall.) (Zuruf Reichslands: Und Sowjet-Rußland?) Mit Sowjet-Rußland können wir nur dann Verträge schließen, wenn es uns Gewähr gibt, daß es all das, was es mit uns ausmacht, auch der Entente gegenüber aufrecht erhält. (Beifall.) Es ist, das betone ich ausdrücklich, ganz ausgeschlossen, daß wir uns als Vandalenrechte für militärische Unternehmungen des Völkerbundes oder der Entente gebrauchen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist die zweite Lesung des Not-Etats erledigt. Dienstag 10 Uhr: Anfragen, Entwaffnungsgesetz, dritte Lesung des Not-Haushaltes, Interpellation, kleine Vorlagen. — Schluß gegen 10 Uhr.

Speise-Oel Pfund 12⁵⁰ Preis-werte Lebensmittel Cocos-Fett Pfund 12⁷⁵

Häferflocken..... Pfund	2 ¹⁵	Frische Flundern..... Pfund	1 ²⁰	Weisskohl..... Pfund	25 ⁰⁰
Tafel-Reis..... Pfund	5 ⁰⁰	Frischer Kabljau..... Pfund	1 ⁹⁵	Wirsingkohl..... Pfund	50 ⁰⁰
Vierfrucht-Marmelade mit ca. 50% Zucker, Pfund	3 ⁹⁵	Frischer Schellfisch..... Pfund	2 ²⁰	Grüne Bohnen..... Pfund	30 ⁰⁰
Dänische Sahne..... Dose	5 ⁹⁰	Frische Makrelen..... Pfund	3 ³⁰	Mohrrüben..... Pfund	25 ⁰⁰
Trockenmilch..... Pfund	11 ⁹⁰	Grosse Vollheringe..... Stück	80 ⁰⁰	Pfefferlinge..... Pfund	1 ⁹⁰

Frisch gebrannter Kaffee..... Pfund	23 ⁵⁰	Junge Hühner..... Pfund	14 ⁵⁰	Neue holl. Kartoffeln..... Pfund	75 ⁰⁰
-------------------------------------	------------------	-------------------------	------------------	----------------------------------	------------------

3
aussergewöhnlich preiswerte
Weine
Preise einschli. Flasche, ohne Steuer (Steuerzuschlag 20%)

1918er Edenkobener
Weisswein
1/2 Flasche **14⁵⁰** 5 Flaschen **70⁰⁰**

1918er Natur-Rotwein
Kleiner Tischwein
1/2 Flasche **5⁰⁰** 1/2 Flasche **9⁷⁵** 5 Flaschen **47⁵⁰**

Roter Tarragona
Dessertwein
1/2 Fl. **14⁰⁰** 1 Fl. **27⁵⁰** 5 Fl. **125⁰⁰**

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Theater und Vergnügungen

Volkshöhle
7 1/2 Uhr:
Der Kuchlein
Großes Schauspielhaus
Karlshof
7 1/2 Uhr: **Die Fledermaus**
(61. Abtheilung, IV. Abend)
Direktion: Max Reinhardt

Deutsches Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Weibsteufler

Kammertheater
8 Uhr: **Die Hofbräute**
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die Fledermaus**
Theater des Westens
7 1/2 Uhr:
Der ehemalige Beutnant

Direktion
Carl Melchior • Prof. Bernauer
Theater 1. B.

Königsgräber Straße
7 1/2 Uhr:
Geständnis
Komödienhaus
1 Uhr: **Der Kuchlein**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**

Trianon-Theater
(Königsgräberstraße)
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Das höhere Leben
Sonntag: **Der Störenfried**
sonst. 4 1/2 Uhr:

Neubau-Theater
(Stadtbahn, Jannowstraße)
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg
Die Raschbotts
Sonntag
sonst. 4 1/2 Uhr:

Reisinger-Theater
Sommertheater
Abends 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
Das Glas der Jungfrau
Donnerstag 1.00 b. 25 M.

Deutsches Künstler-Theater
Königsgräberstr.
8 Uhr:
mit Max Reinhardt

Neues Volkstheater
Königsgräberstr. 61
Abends 7 1/2 Uhr:
Die 3 Zwillinge

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Aven
Abends 7 1/2 Uhr:
Prinzessin Friedl

Chamaiges
Boigt-Theater
Königsgräberstr. 61
Sommertheater
Täglich nachm. 1 1/2 Uhr:
Bunter Teil
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Dame vom Circus

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Ein Walzerabend.
Gartenbühne
Täglich 7 1/2 Uhr: **Süße Puste**

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218
7 1/2 Uhr:
Abends 7 1/2 Uhr:
Unübertreffliches Varieteel-Programm!

Casino-Theater
Wiedereröffnung Freitag, 13. Aug.
mit dem neuen Varieteelstück
Knopf's sel. Witwe

Berliner Theater
Königsgräberstr. 7-9
12 Varieteel-Sensationen 12
In der
Tanz- und
Großer Ball
Anfang 1/2 Uhr

Ballhaus-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Internationale

Sommerth. „Groß-Berlin“
(Königsgräberstr. 15)
Novembersturm
Vollständig in 3 Akten von
Carl Fallberg, dem Verfasser
der „Internationale“
Vorher, ab 1/2 Uhr:
Spezialitäten

Theater am Kottbuser Tor
Telephon: Moritzpl. 14814
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
Sollständig neues
Programm
Abends 7 1/2 Uhr: **Operette**
Beginn 7 1/2 Uhr. Vorher:
nach 11-1/2 u. 4-6 Uhr

Neue Welt
Königsgräberstr. 106-114
Täglich Konzert
und Vorstellung
Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag u. Sonntag
Großer Ball
Die Kassekassa ist tags geöffnet.
Anfang wochentags 5 Uhr,
Sonntag 4 Uhr.

Kammer-Theater
Königsgräberstr. 6, am Rosenhofplatz
Telephon: Köpenick 3305.
Tägl. 7 1/2 Uhr: **Orient. Ballett**
und **Schubert-Tänze**

Cirkus Busch
Gebäude
Täglich 7 1/2 Uhr:
Dr. Spezialitäten-Vorstellung
! Perlas !

Haarnisse
Im Frauen u. Mädchenhaar
current garant. sofort
D. R. G. M.
Niska
709 295
- Aufklärung kostenlos -
Fr. B. Muehlenhaupt,
Münchberg W. 25.

Brothers Niagara im Luna-Park

Heute Volkstag

Eintritt Mk. 1.50
Kinder Mk. 0.75

**Feuerwerk
Doppel-Konzert**

Die weltberühmten Seiltänzer, welche zweimal zuletzt im Jahre 1906 die Niagara-Park über dritten haben, werden heute im Luna-Park auf dem 100 Fuß hohen Turm auf dem See ihre tollkühnen Kunststücke zeigen. Auftreten um 7 und um 9 Uhr. Extra-Entrée wird nicht erhoben.

Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft

Vom 11. bis zum 19. September 1920.

Theaterfestspiele: Die Weber von Hauptmann; Faust von Goethe; Die Gezeichneten von Schack; Die Räuber von Schiller; Die Weiber von Wagner; Herodes und Marianna von Hebbel; Manfred von Schiller; mit der Musik von Schumann; Tristan und Isolde von Wagner; Weber unsere Zeit von Wagner; Gastspiele der Niederdeutschen Bühnen.

Konzerte: Beethovenfeier, 9. Sinfonie, Mißa sol.; Klavierkonzert; Mozart, Bach, Beethoven; Volkskonzert aus den gesamten Orchesterinstrumenten Kiels für Theater- und Konzertführungen sind zahlreich durch die Kieler als Gäste gewonnen.

Vorträge: Prof. Dr. H. v. Siedow: Die Bedeutung der Kieler Universität; Prof. Dr. H. v. Siedow: Die Kieler Universität im neuen Deutschland; Prof. Dr. H. v. Siedow: Raum und Zeit im Lichte der Relativitätstheorie; Prof. Dr. H. v. Siedow: Recht und Wirklichkeit; Prof. Dr. H. v. Siedow: Die Kieler Universität als Zentrum der Wissenschaft; Prof. Dr. H. v. Siedow: Die Kieler Universität als Zentrum der Wissenschaft; Prof. Dr. H. v. Siedow: Die Kieler Universität als Zentrum der Wissenschaft.

Ausstellungen für Kunst und Kunstgewerbe / Gelegenheitsausstellungen in die Kieler, nach der Holsteinischen Schweiz usw.

Das ausführliche Programm ist kostenlos vom Magistrat, Rathaus, Zimmer 210, zu beziehen, wobei auch alle anderen Zustellen einschließlich der Bestellungen von Eintrittskarten zu richten sind. Unterkunft und Verpflegung sind gesichert. Auskünfte hierüber erteilt gleichfalls der Magistrat.

Engelhardt-Biere

wieder
stärker eingebrannt.

Auswechseln!
Zufolge sinkender Goldpreise ermäßigt:
Goldarbeiten 50%
Vorant. 20 Karat Goldarbeiten 75 M.
Jahresfest in Kautschuk 40%
Der Zahn 3 Mk. an.
Nur persönliche sachmännliche Behandlung.

Zahn-Praxis B. Wolff,
Charlottenburg, Berliner Str. 110, 1. Haus vom U-Bahnplatz.

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Norden 106 21.

Spaß muß sein
in jedem Heft der
Freien Welt
Preis 60 Pfennig.

Variete-Garten
Friedrich-Wilhelmstadt
Chausseestraße 30
Das große alte Variete-Programm
Jeden Mittwoch **FEUERWERK** Jeden Donnerstag

Heute und Donnerstag, den 5. August
findet bei eintrübender Dunkelheit (9 Uhr) ein
Riesen-Feuerwerk im Stadion!
mit 6 Fronten und allen pyrotechnischen Neuheiten statt.
Ausführung von Pyrotechniker C. Kuntze, Hannover-Bein.

GROSSES KONZERT Beginn 1/2 7 Uhr.
Besonderer Bahnverkehr auf allen Linien.

Verkauf an allen Taxistaxen von A. Wertheim. Teile der Wagen einschließlich Steuer.
Schloß 6., Platz 2. Wandlung 10., Logenplatz 2., Rennplatz 6 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Die Arbeiterin
Margarete Zimmermann
Kammerer Straße 10, am 27. d. Mts.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Kögelstraße, aus statt.
Der Gießereiarbeiter
Friedrich Bache
Baumfalkenweg, Baumfalkenstraße 93, am 30. Juli.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Wilmersdorf, Kögelstraße, aus statt.
Die Arbeiterin
Marta Namann
Groschenberg Straße 18, am 31. Juli.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Wilmersdorf, Kögelstraße, aus statt.
Kege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Marta Papstein
Matthäusstraße, am 18. Juli gestorben ist.
Ehre Ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Die Firma:
„Deutsches Leicht- u. Feinblech- u. Stahlwerk“
Ludwigshafen a. Rh. / **Karl Winniczka**,
Berlin S 14, Alte Jakobstraße 93, ist mit dem heutigen Tage erloschen. Jedenfalls bin ich aus der Firma ausgeschieden.
Berlin, den 21. Juli 1920.
Karl Winniczka.

Kupfer 9.00
Rotguß 8.00
Messing 4.50 Aluminium .50
Zink 2.25 Lager 3.20
Zinn 30.00 Quecksilber 55.00
Lothringener Straße 25

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 5. August 1920, abends 7 Uhr
Bersammlung
aller in Innungsbetrieben beschäft. Schmiede
in Köpenick, Weidenstraße 17.

Tagesordnung:
1. Wollen die Kollegen in Zukunft tariflos arbeiten?
2. Diskussion.
3. Vortrag des Kollegen Henschel über Solidarbeit.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Achtung! Karosseriebetriebe. Achtung!
Am Mittwoch, den 4. August 1920, abends 7 Uhr
bei Köpenick, Weidenstraße 17
Bersammlung
sämtlicher in den Karosseriebetrieben beschäftigten Metallarbeiter.

Achtung! Weizenjee. Achtung!
Die am Mittwoch, den 4. d. Mts., bei Rasche stattfindende Vertrauensmännerkonferenz beginnt schon um 4 Uhr.

Achtung! Elektromonteur. Achtung!
Die für Donnerstag, den 5. August, eingelegte Bersammlung findet nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer

Lackierer!
Donnerstag, den 5. August 1920, abends 6 1/2 Uhr
in Schulz' Park, am Königsgraben 2, Ecke Mühlentor
Sektions-Bersammlung
für alle Branchen (Metallindustrie, Karosseriebetriebe, Innungsbetriebe, Möbel- und Blechlackierer).

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Wirtschaftskrise und deren Bedeutung. Referent: Robert Grosse Proger. - 2. Diskussion. - 3. Besondere Angelegenheiten.
Da die Tagesordnung eine äußerst wichtige ist, wird erwartet, daß unsere Kollegen und Kolleginnen zu dieser Bersammlung zahlreich und pünktlich erscheinen. Mitteilungsblatt legiti-miert.
Die Sektionsleitung.

